

Hugo Eberlein und die kurze Räteherrschaft in Berlin-Mariendorf

**Mit einer unveröffentlichten Rede des
Spartakusführers Eberlein vom 19. 11. 1918**

Der prominente KPD- und Komintern-Funktionär

Hugo Eberlein ist den Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung insbesondere als Teilnehmer des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern) vom März 1919 bekannt geworden. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) war er mit dem gebundenen Mandat zur internationalen Konferenz in Moskau geschickt worden, gegen die Gründung der Kommunistischen Internationale zu stimmen. Denn die KPD-Führung hielt – wie auch Rosa Luxemburg noch vor ihrer Ermordung gegenüber Eberlein erklärt hatte - die Gründung für wesentlich verfrüht, weil der neuen sozialistischen Internationale in den meisten Ländern noch die Massenbasis fehlte. Doch Eberlein hatte sich von anderen Konferenzteilnehmern überreden lassen, Stimmenthaltung zu üben, so dass der Gründungsbeschluss einstimmig erfolgen konnte.¹

Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) Ende Dezember 1918 bereits in die Zentrale ge-

¹ Hugo Eberlein, Spartakus und die Dritte Internationale, in: Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 28, 29.2.1924, S.307; Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin 2009, S. 25-34; Wladislaw Hedeler/ Alexander Vatlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919, Berlin 2009, S. LVIII/LIX, S. 123-127.

wählt, übte Eberlein bis 1933 wichtige Funktionen in der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung, zuletzt in Russland, aus. Nach langen qualvollen Verhören und zwei Jahren Arbeitslager in Sibirien wurde er 1941 nach einem zweiten Prozess als eines von vielen Opfern des Stalinschen Terrors erschossen. 1956 erfolgte seine juristische Rehabilitierung durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR.²

Ein Mann der SPD-Parteibasis

Eberlein muss bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Kreis um Rosa Luxemburg gehört haben. Denn am 4. August 1914 war er bei dem kurzfristig einberufenen Treffen in ihrer Wohnung dabei, als linke SPD-Genossen wie Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer, Hermann Duncker u. a. über die für sie vollständig überraschend erfolgte Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu den Kriegskrediten berieten³ Als Lithograf war Eberlein in der Führung dieser weitgehend aus Akademikern bestehenden politischen Gruppierung der zweite Arbeiter neben dem gelernten Tischler Wilhelm Pieck.⁴ Eberlein war vor allem eine wichtige Verbindung des Luxemburg-Kreises zur Groß-Berliner

² Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S. 168-170; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin [Ost] 1970, S. 103 f. (Verfasserin: R[egine] Knoll)

³ Karl und Rosa. Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Berlin [Ost] 1971, S. 56-58.

⁴ Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, Leipzig 2008, S. 182, S. 192-194 (Der gelernte Schmied Karl Schulz war lediglich von Mai bis August 1918 in der Führung der Spartakusgruppe tätig.).

Parteibasis. Als Vorsitzender des Ortsvereins Berlin-Mariendorf (1914: 493 Mitglieder)⁵ gehörte er auch dem Vorstand des Verbandes der Groß-Berliner Wahlvereine an. Zusammen mit weiteren linken Aktivisten der SPD-Organisation von Groß-Berlin organisierte er ab Frühjahr 1915 die Opposition in der Reichshauptstadt gegen die Burgfriedenspolitik der Mehrheit des Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes.⁶ Nach der Verhaftung von Wilhelm Pieck Ende Mai 1915 übernahm er dessen Aufgabe, die Verbindung der Gesamtopposition in Berlin, die von den gemäßigten Linken um George Ledebour und Arthur Stadthagen bis zum Luxemburg-Kreis reichte, mit anderen Oppositionsgruppen im Reich herzustellen und zu pflegen, von der Organisierung des Drucks und Vertriebs oppositioneller Agitationsmaterialien bis zu den damit verbundenen Geldabrechnungen.⁷ Kein Wunder, dass Eberlein für den Luxemburg-Liebknecht-Kreis als ein „uns völlig ergebener und einflußreicher Mann“ galt.⁸

Am 14. September 1915 wurde er wegen seiner aktiven Beteiligung

⁵ Christoph Hamann: „In das königstreue Tempelhof kommt kein Sozialdemokrat hinein!“ Der Siegeszug der SPD bei den Wahlen im Berliner Süden vor dem 1. Weltkrieg, in: 100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof, hrsg. Vom „Verein zur Heimatpflege, Heimatkunde Geschichte und Kultur Tempelhof“ aus Anlaß der Gründung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Tempelhof/Mariendorf vor 100 Jahren am 29. März 1891, Berlin-Tempelhof im Jahre 1991, S. 22. Die Nachbargemeinde Berlin-Tempelhof hatte 1914 465 Mitglieder (ebenda).

⁶ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch Berlin), NY 4092, Nr. 4, Bl. 1-12.

⁷ Brief Franz Mehrings an Unbekannt, 19.9.1915, in: BArch Berlin, NY 4043, Nr. 8, Bl.144 (Fotokopie des Briefes), Bl. 148 (Klarschrift).

⁸ Brief Luxemburgs an Marta Rosenbaum vom 5.1.1915, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin [Ost] 1984, S. 32.

an der Antikriegsagitation verhaftet. Anschließend wurde er trotz eines schweren Asthmaleidens zur Armee einberufen und erst 1916 aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Sogleich wurde er wieder politisch aktiv. Am 16. Juni wählte ihn die Generalversammlung der mitgliederstärksten SPD-Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg (mit bevölkerungsreichen, damals noch selbständigen Städten und Gemeinden des Groß-Berliner Raumes wie Charlottenburg und Neukölln) zum Vorsitzenden. Der neue Vorstand bestand überwiegend aus Anhängern der Spartakusgruppe sowie auch der gemäßigten Opposition.⁹ Doch kurz darauf zogen ihn die kaiserlichen Behörden erneut aus dem Verkehr. Er wurde verhaftet und anschließend erneut Soldat, obwohl er wegen seiner Asthmaanfalle immer wieder ins Lazarett eingeliefert werden musste.¹⁰ Er verbrachte den Rest des Krieges überwiegend in einer Garnison in Ostpreußen. In Danzig übte er im November 1918 in den ersten Revolutionstagen die Funktion eines 2. Vorsitzenden des Soldatenrates aus. Doch zog es ihn sogleich wieder nach Berlin, wo er wahrscheinlich ca. eine Woche nach dem revolutionären Umsturz eintraf. Hier wurde er als eine Art Geschäftsführer in der Führung des Luxemburg-Liebnecht-Kreises aktiv, der sich am 11. November 1918 den Namen „Spartakusbund“ gegeben hatte, aber noch in

⁹ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S. 103; Heinz Hatedank u. a. (Hrsg.): Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, von den Anfängen bis 1917, Berlin [Ost] 1987, S.602 f.

¹⁰ Schreiben Eberleins an Stabsarzt, o. D. (Ende 1916?), in: RGASPI, Moskau, fonds 528, opus 2, dello 364, Blatt 103 f.

der USPD verblieben war.¹¹

Eberlein als Gemeindevertreter in Berlin-Mariendorf

Auch in seiner Wohnortgemeinde Mariendorf ergriff er wieder die politische Initiative. Eberlein war seit 1916 einer von acht SPD-(später USPD-)Gemeindevertretern in Mariendorf. Als er 1916 auf einer Sitzung der Gemeindevertretung mit aller Schärfe die Ernährungspolitik der Reichsregierung kritisierte, rief er damit die lebhafte Entrüstung der bürgerlichen Gemeindevertreter hervor und musste nach mehreren Ordnungsrufen des Bürgermeisters Holle seine Rede abbrechen.¹² Auf diesen Vorfall sollte Eberlein über zwei Jahre später in seiner Rede am 19.11.1918 noch zurückkommen.

Die SPD hätte auf Grund ihres Prozentanteils bei den Wahlen eigentlich mehr Mandate erhalten müssen. Aber die Sozialdemokraten wurden auf der Kommunalebene nicht nur durch das undemokratische preußische Dreiklassenwahlrecht mit offener Stimmabgabe stark beeinträchtigt, sondern auch durch die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf Bürger mit Grundbesitz für Zweidrittel der Gemeindevertreteritze. Gerade in den Groß-Berliner Vorortgemeinden mit vielen zugezogenen Arbeitern und sozialdemokratischen Wählern machte sich diese krass undemokrati-

¹¹ Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.), S. 168; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S. 103

¹² Hamann: "In das königstreue Tempelhof ...", S.24; ders.: Hugo Eberlein ante protas? Die Revolution 1918/19 und der Mariendorfer Putsch, in: 100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof, S. 39.

sche Zusammensetzung der Kommunalparlamente bemerkbar,¹³ was von Eberlein in seinen nach der Novemberrevolution 1918 in Mariendorf gehaltenen Reden für - wirkungsvolle politische Attacken genutzt wurde. Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen versuchten noch nach dem 9. November 1918 diese undemokratischen Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten und boykottierten häufig die Kontrolle durch die Arbeiter- und Soldatenräte.¹⁴ Das Bürgertum, das jahrzehntelang die Entrechtung der unteren Einkommenschichten billigend in Kauf genommen und keinerlei Anteil an den revolutionären Ereignissen im November 1918 hatte, machte in den südlichen Vororten schon eine Woche nach der Novemberrevolution mobil, rief zu Bürgerversammlungen auf, die Bürgerräte oder Bürgerausschüsse – bald auch Bürgerwehren - bildeten und die politische Gleichstellung auf allen Ebenen mit den Arbeitern – vor allem Wahlen zur Nationalversammlung - verlangten.¹⁵

Die Radikalisierung der Räteherrschaft in Berlin-Mariendorf

In Berlin-Mariendorf hatte sich am 9. November 1918 ein hauptsächlich aus Arbeitern der im benachbarten Marienfelde ansässigen großen Firmen Daimler, Stock und Fritz Werner bestehender Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) gebildet, der paritätisch aus SPD- und USPD-Mitgliedern zusammengesetzt war und sogleich eine Aufruf an die Arbeiter, Bürger und

¹³ Hamann: “ In das königstreue Tempelhof...“, S. 18-20, S. 23 f.; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919, S. 265 – 267 (hier für die gesamten kommunalen Einrichtungen).

¹⁴ Hamann: Hugo Eberlein ante portas? 45 f.

¹⁵ Ebenda, S.46.

Soldaten erließ, Ruhe zu bewahren und mit der Gemeindeverwaltung zusammenzuarbeiten. Die örtliche Polizei leistete am 9. November gegenüber den Revolutionären wenig Gegenwehr, sondern übergab die Waffen an Vertreter des ASRs. Jedoch wurden an den Folgetagen Sicherheitspatrouillen gebildet, die aus einem Polizisten mit roter Armbinde und einem revolutionären Soldaten bestanden.¹⁶

Am 16.11. hielt der „Wahlverein Mariendorf“ eine Veranstaltung ab, auf der gegen 4 Stimmen eine radikale Resolution verabschiedet wurde. Die Versammlung lehnte „die Einberufung einer Nationalversammlung entschieden ab, da die soziale Republik nie in Gemeinschaft mit den Trägern des Kapitalismus durchgeführt werden kann. Die soziale Republik kann nur durch die Träger der Revolution, die Klasse des Proletariats, verwirklicht werden. Zu diesem Zweck ist ein reines Arbeiterparlament zu schaffen unter Ausschluß der Bourgeoisie. Der rücksichtslose Kampf der Arbeiterklasse gegen die besitzende Klasse ist gerade jetzt unbedingte Notwendigkeit.“ Eberlein hatte ganz offensichtlich an dieser Veranstaltung nicht teilgenommen, da er im kurzen Bericht der „Roten ne“ nicht erwähnt wird. Es geht aus der Meldung der Spartakuszeitung auch nicht hervor, ob es sich um die SPD- oder die USPD-Organisation gehandelt hat, obwohl der Inhalt der Resolution eindeutig für eine USPD-Veranstaltung spricht.¹⁷ Nach der Gründung der USPD im April

¹⁶ Ebenda, S.47 f.

¹⁷ Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, Nr. 3, 1918, 18. November

1917 hatten sich die meisten Groß-Berliner Parteiorganisationen mit der großen Mehrheit ihrer Mitglieder der neuen Partei angeschlossen, höchstwahrscheinlich auch der Ortsverein Mariendorf.

Schon am Tag der Versammlung, am 16. 11., sowie erneut am 18.11. war in den beiden Lokalzeitungen, der „Berlin-Mariendorfer Zeitung“ und der „Berlin-Tempelhofer Zeitung“ eine weitere Veranstaltung der Sozialdemokraten in Mariendorf für den 19.11. mit dem vagen Thema „Die Aufgaben der neuen Zeit“ angekündigt worden. Der Referent werde noch auf der Versammlung benannt. Erstaunlicherweise hatten sowohl die USPD wie die SPD von Mariendorf die Anzeige unterzeichnet.¹⁸ Es war also eine gemeinsame Veranstaltung der beiden sozialdemokratischen Parteien, was verständlich macht, dass sie auch mit einer kleinen Notiz im „Vorwärts“ vom 19.11. (Morgenausgabe) wie in einem kurzen Bericht am 23.11. Erwähnung fand.¹⁹ In diesem Bericht (nicht in der Ankündigung) wird Hugo Eberlein als Referent genannt. Da er auf der Mariendorfer USPD-Veranstaltung am 16.11. offensichtlich noch nicht aufgetre-

1918, S. 4, Rubrik „Aus Groß-Berlin. Mariendorf“. Die Rote Fahne hätte mit Sicherheit nicht auf die Erwähnung des prominenten lokalen Parteiführers Eberlein verzichtet, zumal er zum Spartakusbund gehörte.

¹⁸ Berlin-Mariendorfer Zeitung, Publikationsorgan der Amts- und Gemeindeverwaltung Berlin-Mariendorf, 17. Jg., Nr. 267, 16. November 1918; ebenda; Nr. 268, 18. November. 1918; Berlin-Tempelhofer Zeitung, Publikationsorgan der Amts- und Gemeindeverwaltung Berlin-Tempelhof, 17. Jg. Nr. 267, 16. November 1918; ebenda, Nr. 268, 18. November 1918.

¹⁹ Vorwärts, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 319, 35. Jg., 19. November 1918 (Morgenausgabe), Beilage, S. 2, Groß-Berliner Parteienachrichten, Mariendorf [Ankündigung]; ebenda, Nr. 322, 35. Jg., 23. November 1918 (Morgenausgabe), Beilage, S.1, Groß-Berliner Parteienachrichten, Mariendorf [Kurzbericht].

ten war, wird er höchstwahrscheinlich unmittelbar vor dem 19. November aus Danzig nach Berlin zurückgekehrt sein und nicht am 24., wie in einer biographischen Skizze von Hamann – ohne Quelle – angegeben wird.²⁰⁾

Es sind sogar relativ ausführliche handschriftliche Aufzeichnungen über das Referat Eberleins am 19.11. erhalten geblieben, wahrscheinlich aus der Hand des nicht namentlich bekannt gewordenen „Vorwärts“-Journalisten, wofür einige Übereinstimmungen mit dem Kurzbericht im „Vorwärts“ vom 23.11. sprechen. Eberleins Rede gibt einen unmittelbaren Einblick in die revolutionäre Rhetorik und Argumentation eines führenden Spartakusvertreters. Bemerkenswert, wie er dabei geschickt auf die lokalen Verhältnisse Bezug nimmt, die ihm als langjährigen ortsansässigen Politiker bestens vertraut sind. Die äußerst undemokratische Zusammensetzung der Gemeindevertretung bildet den Hintergrund für die grob wirkende scharfe Polemik gegen diese Institution und den Bürgermeister. Die harten Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokraten, insbesondere gegen die Linke während des Krieges, erklären die tiefe Abneigung gegen die Angehörigen der vormaligen kaiserlichen Polizei. Erstaunlich, dass Eberlein keinerlei Angriffe gegen die Mehrheitssozialdemokraten richtet, sondern von getrennten Wegen, aber einem gemeinsamen Ziel spricht. Hier scheint in Berlin-Mariendorf – wie schon die zusammen von beiden Organisationen unterzeichnete Einladung zur

²⁰ Hamann: Hugo Eberlein ante portas? S. 47.

kein Bürgermeister kann uns diesen Platz verwehren. –

Unsere neue Regierung jetzt – hat schon mit einem Verbrechen begonnen, indem sie sich schützend vor die Kapitalisten stellt. –

Die Arbeiter- und Soldatenräte, in denen sich ehemalige Offiziere breitzumachen wagen, müssen gründlich durchgesiebt werden, das ist Ehrenpflicht des Proletariats.

Die Nationalversammlung braucht nicht stattzufinden, denn wir Arbeiter u. Prole-

[I Rücks.:]

tarier haben die Macht selbst erobert und lassen sie uns nicht wieder aus den Händen reißen. Laßt Euch nicht [gestrichen: wieder] dumm machen! Fragt doch die Bürger, was sie vor und während der Revolution getan haben! Die Gründung des Bürgerrates am 17. Nov. war das reine Theater, fragt sich nur, wie stellen wir uns zu diesem Bürgerrat! Bloß die Geistlichen haben bis jetzt noch keinen Rat gebildet! (Gelächter). Eigentümlich! – einen Bürgerrat zu wählen, wo doch das Volk bereits bewiesen hat, daß es allein jetzt Herr im Hause ist. Wäre die Revolution fehlgeschlagen und das Kaiserreich geblieben, dann würden sie unserer Regierung nicht feige zum Munde reden, wie sie es jetzt tun.

Früher war die Regierung: Reichskanzler, Staatsminister, Staatssekretäre – von oben nach unten beeinflußt. Jetzt ist die Regierung von unten nach oben beeinflußt. Der Arbeiterrat schiebt den Vollzugsrat nach sei-

nem Willen, der wieder den Vollzugausschuß, welcher dann die Regierung den Willen des Volkes auszuführen heißt. Denn nicht Ebert, Scheidemann, Haase sind die Regierung, sondern das Volk und der Arbeiterrat!

II

Landräte und Regierungspräsidenten sind der Ausdruck der Gewalt der Kapitalisten, fort mit ihnen! Seit 4 Tagen ist in Mariendorf ein Soldatenrat. Wir sind jetzt oberste Instanz und haben jetzt zu befehlen, und wollen sie nicht wie wir, so zeigen wir den Herren, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. (Gelächter u. Beifall.)

Ebenso die Gendarmen müssen raus, diese Halunken, nehmt dafür Arbeiter mit Waffen, die sich dazu freiwillig melden u. die Gewalt in die Hand nehmen, die brauchen keine Dienstvorschrift (!!)

Schutzleute mit der roten Armbinde führen heute immer noch den Sicherheitsdienst, dieses Gesindel! Duldet es nicht länger; die Schamröte steigt mir ins Gesicht, wenn ich denke, dass diese Kerls noch über uns stehen. Schickt die Schutzleute, die stark, gesund und faul sind, in Bergwerke u. Fabriken, laßt sie schwer arbeiten und Männer aus unserer Mitte – aus dem Proletariat – mögen sich melden, die den Sicherheitsdienst mit Waffen übernehmen, dazu brauchen sie keine Dienstvorschrift. –

[II Rücks.:]

Hört nicht auf das feige Angstgeschrei der bürgerlichen Meute; wir müssen unsere Macht gebrauchen – rücksichtslos – und dieses

Gesindele nicht hoch kommen lassen, auf daß sie unsere Macht nicht zerstören die Kapitalisten und die Bürger, - denselben verwandt und verschwägert, - sind Schmarotzer und deshalb sollen sie in Zukunft herunter zu uns, zwingt sie zur Arbeit!

Offiziere brauchen wir nicht mehr, hier muß eine rote Garde, ein Arbeiter-Parlament Gewalt und Macht bekommen! Offiziere sind Vertreter der Klasse der Kapitalisten!

Wir dürfen nicht bloß Führer wählen und denken, dann sei unsere Arbeit geleistet; jeder einzelne Proletarier muß mitarbeiten u. sich nicht auf die gewählten Führer verlassen. –

Braunschweig hat bereits keine Soldaten mehr, sondern rote Garde, wir müssen es ihnen nachtun und dürfen damit nicht zögern.-

Am Donnerstag nachm. 4 od. 5 [Uhr] findet im hiesigen Rathause eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Laßt Euch das nicht mehr gefallen, schmeißt sie

III

raus, die Kerls, geht in geschlossenem Zuge hin, denn Ihr habt die Macht zu bestimmen, Genossen, und nicht mehr sie! Denkt Euch: auch mich hat man sogar zu dieser Sitzung eingeladen (höhnisch u. eingebildet) mich! (Gelächter). Also am Donnerstag nachm. versammeln in der Dorfstr. u. die Gemeindevertretung mitsamt dem Bürgermeister zum Teufel jagen! (Beifall u. Zustimmung) (Sitzung

[der Gemeindevertretung] ist ausgefallen.)

Wir sind hier doch kein evangelischer Jungfrauenverein! Die Macht und nicht die Ethik macht die Politik. Wir müssen ohne Rücksicht gegen die Bourgeoisie vorgehen und auf ihr Angstgeschrei nicht hören. Die Moral beiseite setzen! – Kampf und Macht ist unser Programm.

Wir drei Parteien: Sozialdemokraten, Unabhängige, Spartakusleute; können unsere getrennten Wege getrennt bis zum Ziel gehen, uns aber dann zusammenschließen und gemeinsam schlagen, wenn es geht gegen Kapitalismus und Bürgertum. Habt Ihr nicht gemerkt, daß all diese Herren viel

[III Rücks.:]

höflicher gegen Euch geworden sind aus Feigheit und Angst vor Euch? (Gelächter.) Bis jetzt haben die Glocken zur Muckerfrömmigkeit geläutet, morgen müssen sie alle Glocken läuten für unsere Opfer der Revolution. –

Wenn wir zum zweiten Mal auf die Straße gehen, dann müssen wir den Kampf rücksichtsloser durchführen mit der Waffe in der Hand gegen dieses feige Bürgergesindel, das sich in den Ecken verkrochen hat u. sich nicht hervorwagte. –

Hier werden Zurufe laut: „Lebensmittelvorräte im Schloß!“ [Forts. Eberlein:] Der Kaiser ist nur einer von der Sipp-

schaft, die anderen sind ebensolche Halunken, die ebenso noch auf ihren weißen Mehlsäcken sitzen. Schließt Euch zusammen, geht hin auf's Land, holt Euch die Vorräte von den Großgrundbesitzern. Vor einigen Tagen bat mich der Landrat v. ? (Danzig) um Schutz gegen seine Landwirte, die nichts mehr geben wollten und was sie gegeben hätten, wiederhaben wollten. Wir müssen zusammenhalten untereinander, mit unseren russischen Brüdern, mit dem gesamten ausländischen Proletariat!“

Die handschriftlichen Notizen geben nur Eberleins Referat wieder, enthalten jedoch keinerlei Informationen über den weiteren Verlauf der Versammlung. Hier gibt der „Vorwärts“-Bericht vom 23.11. einigen Aufschluss, in dem Eberleins Referat nur sehr kurz behandelt, aber Diskussionsbeiträge von SPD-Vertretern erwähnt werden: „Seine [Eberleins] Ausführungen brachten die bekannten Ansichten des Spartakusbundes. Er sprach dem Bürgertum jede Mitwirkung bei der Neuordnung ab. Eine Nationalversammlung sei die Preisgabe der Errungenschaften der Arbeiter. Zum Schluß forderte er die Versammlung auf, am Donnerstag alle Mann zu erscheinen, um die für nachmittags 5 Uhr anberaumte Gemeindevertretersitzung zu verhindern und die gewählten Vertreter zum Teufel zu jagen. Genosse **B i n t e** sowie einige weitere Redner, darunter Hellriegel vom Soldatenrat, forderten die Anwesenden zum Zusam-

menhalten und zur Einigkeit auf. Die Mehrheit der Versammlung war aber mit den Ansichten Eberleins einverstanden.²²

Eberlein nutzte weiterhin die radikale Stimmung in der Mariendorfer Arbeiterschaft. Auf der nächsten USPD-Kundgebung in Mariendorf am 3. Dezember 1918 forderte er erneut die Einrichtung einer roten Garde und die Absetzung der Gemeindevertretung sowie die Vertretung der Gemeindeverwaltung durch den Arbeiter- und Soldatenrat. Weder einem USPD-Sprecher noch der prominenten SPD-Vertreterin Marie Juchacz gelang es, gegen Eberleins Argumente anzukommen. Die Versammlung stimmte für eine Resolution, die vollständig den von Eberlein vorgetragenen Auffassungen entsprach.²³ Am 5.12. gelang es Eberlein sogar, die Sitzung der Mariendorfer Gemeindevertretung mit Hilfe von 250 Zuschauern zu sprengen. Eberlein erklärte die Gemeindevertretung für abgesetzt. Der Arbeiterrat sollte die Geschäfte übernehmen.²⁴

Diese Aktion wurde vom paritätischen alten ASR in Mariendorf, der sich am 9.11. aus SPD- und USPD-Mitglieder gebildet hatte, verurteilt, genauso wie vom Tempelhofer ASR wie vom Vollzugsrat.

Trotzdem übernahm am 11. Dezember ein auf 18 Personen erweiter-

²² Vorwärts. Nr. 322, 35. Jg., 23. November 1918 (Morgenausgabe), Beilage, S.1, Groß-Berliner Parteinachrichten, Mariendorf. Bis auf diesen Bericht ist mir keine weitere Meldung in Berliner Zeitungen, weder in den Vorortzeitungen von Mariendorf oder Tempelhof, noch in der „Roten Fahne“, über die Mariendorfer Versammlung vom 19.11. 1918 bekannt geworden.

²³ Hamann: Hugo Eberlein ante portas? S. 48

²⁴ Ebenda. S. 49.

ter ASR die Geschäfte der Mariendorfer Gemeindevertretung. Der alte ASR beteiligte sich daran, in der Hoffnung mäßigend einwirken zu können. Doch die Spartakusanhänger hatten die Mehrheit. Auf einer öffentlichen Sitzung am 12. Dezember, die auch von Rosa Luxemburg besucht worden sein soll, beschloss dieses Gremium mit 10 zu 7 Stimmen den 7-Stunden-Tag, eine Besoldungsreform, Notstandsarbeiten und Mieterschutz. Gleichzeitig wurde Protest gegen die Nichtentwaffnung der alten kaiserlichen Gardetruppen erhoben und gegen ihre Vereidigung auf den Rat der Volksbeauftragten statt auf den Vollzugsrat der ASRe. Die vom ASR eingeladenen Vertreter des Gemeindevorstandes, Bürgermeister Holle und Kämmerer Stech, erklärten, dass auf Grund der Verordnungen der neuen Regierung die alte Gemeindeordnung in Kraft geblieben sei und den ASRn lediglich eine Kontrollbefugnis zustehe. Deshalb äußerte der ansonsten immer kämpferische Eberlein Zweifel, ob der noch immer sein Amt ausübende alte Gemeindevorstand diese Beschlüsse ausführen würde.²⁵

Das Ende der Räteherrschaft

Doch diese Räteherrschaft in Mariendorf war von äußerst kurzer Dauer. Bereits am 18.12. fand sich wieder die alte, nach dem Drei-

²⁵ Ebenda, S. 49 f.; Frauke Bey-Heard: Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart etc. 1969, S. 101

klassenwahlrecht gewählte Gemeindevertretung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu einer Sitzung zusammen.²⁶ Offensichtlich hatte Eberlein resigniert oder er hatte wegen seiner Aufgaben beim Spartakusbund keine Zeit mehr für den Einsatz in seiner Vorortgemeinde.²⁷

Auch in anderen Groß-Berliner Kommunen wie in Neukölln, Spandau, Reinickendorf, Spandau, Schöneberg, Lankwitz, Rahnsdorf und Lichtenberg wurde mit mehr oder minder längerem Erfolg, manchmal auch nur ansatzweise, die Ablösung der nach dem Dreiklassenwahlrecht zustande gekommenen kommunalen Parlamente und politischen Verwaltungsspitzen durch die ASRe versucht. Insbesondere in Neukölln und Spandau waren Vertreter des Spartakusbundes die treibenden Kräfte für eine vollständige Räteherrschaft. Allerdings wirkte bis auf Mariendorf nirgends ein führender Spartakusführer mit. Letzendes scheiterten alle diese Versuche.²⁸

Trotz der Novemberrevolution bestimmte damit in Berlin-Mariendorf wie in fast allen anderen Gemeinden, Landkreisen

²⁶ Hamann: Hugo Eberlein ante portas? S. 50

²⁷ Weder in der einschlägigen Literatur noch in den eingesehenen Quellen gibt es Angaben über die Gründe.

²⁸ Bey-Heard, S. 92-100, 101 f., 102-105, 106-110; Heinz Habedank u. a. (Hrsg.): Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2, von 1917 bis 1945, Berlin [Ost] 1987, S.50; zu der Tätigkeit und dem Ende der ASRe in der Provinz Brandenburg siehe: Ingo Materna: Die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Regierungsbezirke in der Provinz Brandenburg während der Revolution 1918/19, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 35.Jg. (1999), H. 2., S. 208-224.

und Städten Preußens weiterhin ein aus der Zeit der Kaiserzeit stammendes undemokratisch zusammengesetztes parlamentarisches Gremium die lokalen staatlichen Angelegenheiten, bis Ende Februar Kommunalwahlen nach einem demokratischen Wahlrecht stattfanden. Weil die neue preußische Regierung mit den Ausführungsvorschriften lange auf sich warten ließ, konnten die jeweiligen politischen Spitzen der Exekutive – von Ausnahmen abgesehen – sogar erst im Sommer 1919 entsprechend den neuen Mehrheitsverhältnissen gewählt werden. Der auf Grund des neuen demokratischen Wahlrechts zustande gekommene Brandenburgische Provinziallandtag konnte sogar erst im Februar 1920 zusammentreten.²⁹ Es regierten also in Preußen auf kommunaler Ebene die alten, auf Grund des Dreiklassenwahlrechts in ihre Ämter gekommenen politischen Vertreter der Verwaltungen fast ein Dreivierteljahr lang nach der Novemberrevolution weiter. Diese verzögerte Demokratisierung an der Basis war - außer den ausbleibenden wirtschaftlichen und militärischen Reformen - ein wichtiger Faktor für die Radikalisierung der Arbeiterschaft. Das in der Geschichtsschreibung häufig kritisierte Belassen der alten Herrschaftsstrukturen aus der Kaiserzeit³⁰ durch die mehrheitssozialdemokratischen Regierungen des Reiches und

²⁹ Bey-Heard, S. S. 171-175, S. 175 (zum Brandenburgischen Provinziallandtag). .

³⁰ Z. B.: Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 69. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 69.

Preußens spielte sich also in Preußen auch auf der breiten kommunalen Ebene ab.³¹

In der politischen Biographie Hugo Eberleins für den kurzen Zeitabschnitt vom November 1918 bis März 1919 spiegelt sich die Dynamik der revolutionären Entwicklung: Von der kurzzeitigen Errichtung der Räteherrschaft in einer Groß-Berliner Vorortgemeinde zur Mitwirkung am Gründungsprozess der Kommunistischen Internationale in Moskau.

³¹ Hierzu detailliert und kritisch für alle kommunalen Ebenen: Kolb, S. 267 – 271.